



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/161 - 14.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Kein Geld für Wohnungsbau	S. 1
Korea kein Lehrbeispiel	S. 3
Harrimans Mission	S. 4
Mißgönnte Ferien	S. 5

Wohnungsbau doch gefährdet

Von Fritz Erler M.d.B.

Der Wohnungsbau-Ausschuß des Bundestages diskutierte die Versorgung mit 1.Hypotheken. Der Bericht des Ministeriums war sehr optimistisch. Bisher seien die 1.Hypotheken immer noch beschafft worden. Der Ausschuß zweifelte mit Recht die angegebenen Zahlen an, weil viele Kreise und Gemeinden das Vorhandensein der 1.Hypotheken behaupteten, um bei den öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau berücksichtigt zu werden. Die Verteilung der öffentlichen Mittel ist nämlich oft an den Nachweis der gesicherten 1.Hypothek gebunden worden.

Die Engpässe auf dem Baustoffmarkt haben sich gelockert. Die Gefahr kommt jetzt von der mangelnden Kapitalversorgung. Dem Wohnungsbau fließt aus 1.Hypotheken und öffentlichen Mitteln weniger Kapital zu als 1950. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen ist durch den Überhang noch größer als im Vorjahr, sinkt aber, und zwar von 33.000 im Februar auf 29.000 im März und 25.000 im April. Das ist ein deutliches Alarmsignal. Es ist fraglich, ob das Wohnungsbauziel für dieses Jahr erreicht wird. Für das nächste Jahr ist auf alle Fälle mit einem katastrophalen Absinken zu rechnen.

Der Ausschuß empfiehlt, die Kapital-Sammelstellen zur Anlage von 60 Prozent (statt bisher 50 Prozent) ihres Einlagen-

zuwachsen im Wohnungsbau zu veranlassen, von denen 75 Prozent in den sozialen Wohnungsbau zu fließen hätten. Außer den bisher schon einbezogenen Sparkassen, Versicherungsunternehmen, Hypothekenbanken, Bausparkassen usw. soll nun mit Nachdruck an alle anderen das Spargeschäft pflegenden Kreditinstitute (Genossenschafts- und Volksbanken, Depositenbanken) herangetreten werden, damit diese gleichfalls einen entsprechenden Anteil ihrer Spareinlagen in den Wohnungsbau stecken. Eventuell müßte sonst durch ein Gesetz nachgeholfen werden.

Es gibt Hypothekenwüsten und Hypothekengassen. In den Großstädten, z.B. in Hamburg, sind mehr 1.Hypotheken erhältlich als zusätzlich zu den öffentlichen Mitteln untergebracht werden können. In anderen Gebieten fehlt es völlig an 1.Hypotheken. Es muß daher ein Kapitalausgleich über das Bundesgebiet hinweg erreicht werden.

Um den Bau von Eigenheimen und Siedlungen zu erleichtern, sollen Verhandlungen aufgenommen werden, mit dem Ziel, die bisher gültigen Beleihungsgrenzen für die Realkreditinstitute hinaufzusetzen. Sie entsprechen selbst bei vorsichtiger Risikoschätzung nicht annähernd den heutigen Verhältnissen und erschweren damit unnütz die Finanzierung des einzelnen Bauvorhabens.

Es steht fest, daß all' diese Vorschläge sicher einiges erreichen können, wenn sie verwirklicht werden. Den Wohnungsbau retten kann nur ein Wandel in der Wirtschaftspolitik, der Vertrauen in die Preisstabilität bringt und damit Ordnung auf dem Kapitalmarkt schafft.

- - - - -

Der Finanzierungs-Überhang für den sozialen Wohnungsbau aus dem Etatjahr 1950 überschreitet weit die Zahl von 200000 Wohnungs-Einheiten. Aus ihm erklärt sich die gegenüber dem Vorjahr gesteigerte Zahl fertiggestellter Wohnungen. Die diesjährige Anfinanzierung ist äußerst zögernd. Wie Prof. Erhard erklärte, sind auch aus dem Aufkommen des Selbsthilfegesetzes der gewerblichen Wirtschaft keine zusätzlichen Mittel für den Bergarbeiter-Wohnungsbau vorgesehen, da der Wirtschaftsminister, im Gegensatz zu den Bauexperten, der Auffassung ist, daß in diesem Sektor die Bauwirtschaft voll ausgelastet sei. Reduzierend auf den sozialen Wohnungsbau wirken weiter die aus Spekulation auf Remilitarisierungs- bzw. Besatzungsbauten noch immer ansteigenden Baustoffpreise, die nicht nur die Anzahl der Wohnungseinheiten aus den öffentlich begrenzten Mitteln beschränken, sondern die aus dem gleichen Grunde eintretende Verringerung öffentlicher Mittel. Diese Tendenz verdient die größte Beachtung des zuständigen Bundestags-Ausschusses. (D.Red.)

+ + +

Lehren des Korea-Krieges

A.W. Wenn jetzt wenigstens eine gewisse Aussicht besteht, daß der Korea-Krieg zu Ende geht, taucht die Frage auf, ob irgendwelche grundlegend neuen militärischen Lehren aus ihm zu ziehen sind, und ob die Erfahrungen des letzten Krieges durch ihn beeinflußt wurden. Diese Frage ist zu verneinen. Der Krieg in Korea war kein "moderner" Krieg.

Einmal wurde auf beiden Seiten - die Koreaner können hier unberücksichtigt bleiben - nicht die gesamte zur Verfügung stehende Macht der beteiligten Völker eingesetzt, weil keine unmittelbaren Lebensinteressen auf dem Spiel standen. Das ganze Jahr über war klar: Korea hatte wenig Aussicht, der Kriegsschauplatz für die große Auseinandersetzung zwischen Ost und West zu werden. Und wenngleich es manche Gefahrenmomente gab, ließen sich weder Washington noch Peking-Moskau entscheidend festlegen. Beide Seiten brachten das zum Einsatz, was ihnen am billigsten und entbehrlichsten erschien: der Westen die technische und ausrüstungsmäßige Überlegenheit, der Osten die Masse Mensch. Neue Erfindungen auf dem Gebiet der Kriegstechnik wurden nicht eingesetzt. Korea wurde vielmehr ein Übungsplatz zur Erprobung von Verbesserungen an den bereits im zweiten Weltkrieg bekannten Waffen und Geräten. Daher konnte es auch in der Truppenführung keine neuen Erkenntnisse bringen.

Zum anderen hörte auch nach Beginn dieses Krieges die Politik nicht auf, eine maßgebliche Rolle in ihm zu spielen. Der Osten war bemüht, die Fiktion eines Bürgerkriegs aufrecht zu erhalten. Das bereitete keine Schwierigkeiten, solange die Nordkoreaner nur ausrüstungsmäßige Unterstützung benötigten. Als aber der Einsatz chinesischer Armeen erforderlich wurde, erfand man dafür den hier politischen Begriff der "Freiwilligen". Der Westen ging aus bekannten Gründen auf den Begriff des "nichtkriegführenden China" ein, was die militärische Führung um die letzten Erfolge der großen, bis an die mandschurische Grenze geführten Offensive brachte. Die Nichtachtung politischer Gegebenheiten war schließlich der Grund für MacArthurs Entlassung.

Korea könnte nun aber, eben weil es kein "moderner" Krieg war,

dazu führen, daß sich falsche Ansichten über gewisse militärische Grundsätze verbreiten und haftenbleiben. Die eine könnte sein, daß sich durch Verteidigung allein ein Krieg erfolgreich (worunter auch der status quo gemeint ist) beenden ließe. Aus politischen Gründen war die militärische Führung Deutschlands in der zweiten Hälfte des letzten Krieges gezwungen worden, auf Operationen im freien Raum zu verzichten und zur Verteidigung überzugehen. Die Initiative einiger Heerführer entwickelte daraus die bewegliche Verteidigung. Gleichfalls aus politischen Gründen sind auch die Führer der UNO-Truppen in Korea unter Benutzung der deutschen Erfahrungen zur beweglichen Verteidigung übergegangen. Eine erfolgreiche Beendigung des Krieges könnte nun zu einer Überschätzung dieser Kampfkraft führen. Nie dürfen bei ihrer Beurteilung, neben den hier ganz entscheidenden politischen Gegebenheiten, folgende Fakten außer Acht gelassen werden: auf westlicher Seite die geringe Anzahl der Verbände, auf östlicher der Mangel an Waffen und Ausrüstung und das Fehlen einer starken Luftwaffe, was dem Westen die uneingeschränkte Luftüberlegenheit sicherte. Der alte Grundsatz, daß ein Krieg nur offensiv erfolgreich beendet werden kann, ist durch Korea nicht aufgehoben.

+ + +

T e h e r a n - 1951

(sp) Wenn Mister W. Averell Harriman im Auftrage des Präsidenten Truman als Vermittler im britisch-persischen Ölstreit in diesen Tagen nach Teheran kommt, werden ihn vielleicht alte Erinnerungen seltsam berühren.

Er war einer der Teilnehmer jener denkwürdigen Teheraner Konferenz im September 1943, als sich zum ersten Male Roosevelt und Stalin in Gegenwart Churchills trafen. Heute steht der Partner von damals als eigentlicher großer Gegenspieler im Hintergrund auch der Ereignisse in Persien, derselbe Mann, der es nicht zuletzt auch dem seinerzeitigen amerikanischen Präsidenten verdankt, daß er heute eine so überragende Figur der Weltpolitik ist.

Harriman ist seit über zehn Jahren ein Mann des inneren Washingtoner Führungskreises. Er war ein vertrauter Freund von Harry Hopkins und er schickt sich seit längerem an, das für Truman zu werden, was jener für Roosevelt war, Gesandter in besonderen Missionen. Hopkins war auf diesem Spezialgebiet ein Mann mit größten Erfolgen. Ob Harriman im Sinne seines Auftraggebers ebenso erfolgreich sein wird, muß sich erst zeigen.

+ + +

G r o ß e P a u s e

-u. Bonn

Noch an vier Tagen dieser Woche wird der Hauptausschuß des Bundestages Sitzungen haben, dann geht auch er in die Ferien und die parlamentarische Ruhe wird vollkommen sein. Niemand, der die letzten Monate an Ort und Stelle miterlebt hat, wird den Abgeordneten diese Ferien gerechterweise mißgönnen dürfen. Deshalb war es so bemerkenswert taktlos, daß der Bundeskanzler am letzten Tage noch in einer Form und in einem Zusammenhang von dem "Ruhebedürfnis des Hohen Hauses" sprach, die den ironischen Sinn der Bemerkung unverkennbar sein ließen.

Adenauer hat in seiner Verärgerung darüber, daß es ihm nicht mehr gelungen ist, das Investitionsgesetz in letzter Minute durchzusetzen, mit der Einberufung des Bundestages aufgrund des Artikels 39 des Grundgesetzes gedroht, muß man schon sagen. Es ist unwahrscheinlich, daß es dazu kommen wird. Auch innerhalb der Regierungs-Koalition, bei der FDP, bestehen größte Bedenken dagegen, wie denn überhaupt das Verhältnis dieser Partei zum Kanzler und seinen politischen Freunden immer neuen Belastungen ausgesetzt ist. Gerade die FDP hat ja auch auf die oben erwähnte Entgleisung Adenauers sehr heftig reagiert und sie einen "Tiefschlag" genannt.

Daß der Vorsitzende der FDP, Euler, so entschieden für den Schuman-Plan sprach und daß es ihm auch gelang, alle seine Leute auf Vordermann zu bringen, soll vor allem in der Hoffnung Eulers begründet sein, Außenminister zu werden. Die Vorstellung, daß es so kommen werde, ist fast peinlich. Andererseits ist die Wahrscheinlichkeit dafür nicht groß und das wieder ist erfreulich. Im übrigen hatte schon bei der Beratung des Schuman-Planes die FDP erkennen lassen, sie werde nicht mehr mitmachen, wenn die entsprechenden Vorlagen nicht auch an den Außenpolitischen Ausschuß gehen würden. Das verhinderte die Absicht Adenauers, sie allein dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß unter seinem CDU-Vorsitzenden Etzel zuzuleiten. Unter den nun gegebenen Verhältnissen dürfte es nicht zu Ausschuß-Verhandlungen während der Ferien kommen.

Andererseits verpflichtet der Vertragstext die Beteiligten, über die Ratifizierung bis Mitte Oktober zu entscheiden. So wird unmittelbar nach den Ferien ein großes Drängen beginnen - auch auf dem Gebiete des militärischen Beitrags Deutschlands. Hier ist das größte Hindernis - oder sollte es doch sein - das Fehlen einer klaren strategischen Konzeption der Amerikaner über die wirksame Verteidigung Deutschlands. Die größte Gefahr aber ist, daß trotz diesem Mangel die Regierung der amerikanischen Forderung nachgibt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau